Weltchronik

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Historischer Kalender, oder, Der hinkende Bot**

Band (Jahr): **239 (1966)**

PDF erstellt am: **02.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Weltchronik

(Vom 1. Juni 1964 bis 31. Mai 1965)

Sind wir im abgelaufenen Jahre einem dauernden Frieden, einem „Ewigen Frieden" näher gekommen? Unwillkürlich stellt sich der Chronist im Rückblick auf die Geschehnisse des Jahres diese Frage, obgleich es ihm selber angesichts unserer menschlichen Unzulänglichkeit und unseres Hanges zum Zwist und Hader schwer fällt, an einen Ewigen Frieden zu glauben. So wollen wir uns damit begnügen, festzustellen, daß auch das vergangene Jahr Licht und Schatten gebracht hat, wie das vorvergangene und wie es wohl auch die kommenden bringen werden. Sicher darf festgestellt werden, daß sich auf unserem Kontinent die Dinge eher zum Bessern gewendet haben, während anderwärts, so namentlich in Asien und Südamerika, die Lage nach wie vor kritisch, ja kritischer als vor einem Jahr beurteilt werden muß. Befassen wir uns zunächst mit unserm Kontinent.

*

Der 14. Oktober 1964 bedeutete einen Markstein in der Geschichte Rußlands. An diesem Tage wurde Chruschtschew, der während Jahren die Sowjetunion beherrscht hatte und recht sicher im Sattel zu sitzen schien, vom Zentralkomitee der kommunistischen Partei abgesetzt. Grund dafür war wohl sein Zerwürfnis mit dem großen roten Bruder, mit China, das ihn automatisch in eine Position der Annäherung an den Westen gebracht hatte. Hinzu kamen die eklatanten Mißerfolge der Landwirtschaftspolitik, die, obwohl teilweise auch durch ungünstige Witterung verursacht, ganz Chruschtschew in die Schuhe geschoben wurden. Beachtlich ist, daß Chruschtschew nicht wie das früher in Rußland der Brauch war, von den neuen Machthabern vor Gericht gezerrt und für seine Fehler verurteilt, lies hingerichtet, wurde. Er entschuldigte sich öffentlich für seine begangenen Fehler, ein bemühendes Schauspiel, und lebt nun als einfacher Privatmann in einer Mietwohnung in Moskau. Ob man darin einen Übergang zu demokratischeren Umgangsformen in der Sowjetunion erblicken darf, bleibt zweifelhaft.

*

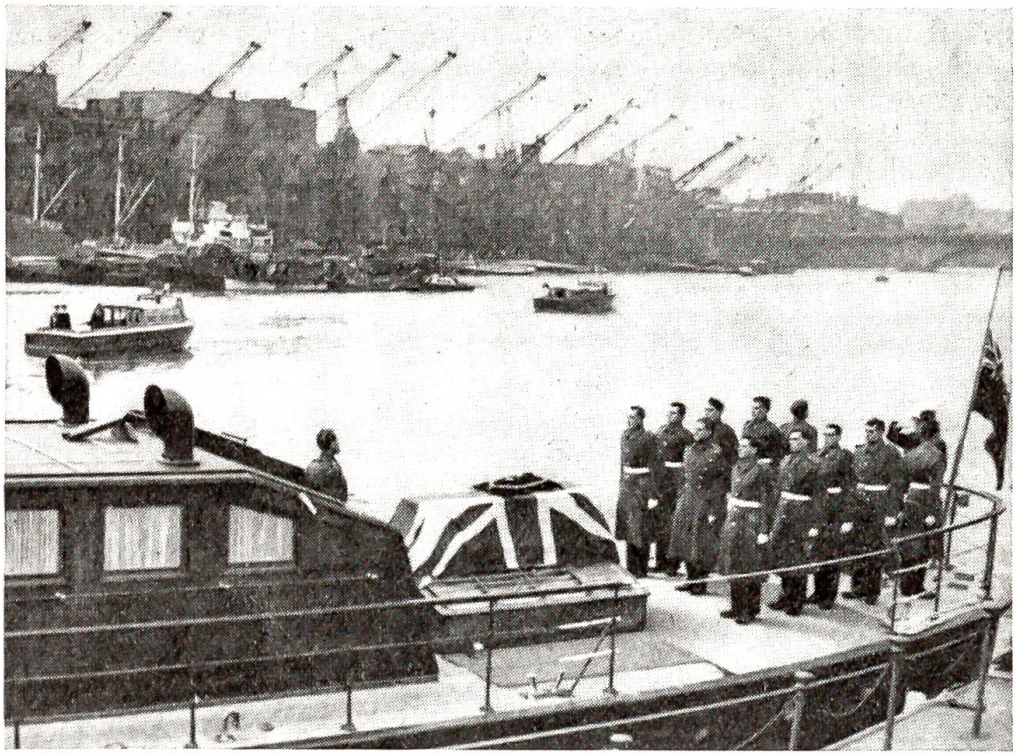
England hat im Berichtsjahr zwei Ereignisse erlebt, die die ganze Nation berührten: den Tod Sir Winston Churchills und den Sieg der Labourpartei in den Parlamentswahlen vom Oktober 1964. Vor allen Dingen war es der Tod Churchills im Januar 1965, der eine erstaunliche Teilnahme im ganzen Volk zur Folge hatte. Der über 90jährige Staatsmann war auch in seinem Todesjahr noch Symbol des Widerstandes aus einer nun schon ein Vierteljahrhundert zurückliegenden Epoche. Trotz dieser langen Zeit hat das Volk sein Vorbild und seinen Führer in schweren Tagen nicht vergessen, und auch junge Menschen, die Churchill nur noch vom Hörensagen kannten, konnten sich dem Einfluß seiner starken Persönlichkeit nicht entziehen. Aber auch im Ausland waren die Bewegung und die Trauer um diesen überragenden Mann groß und echt. Die Trauerfeier wurde zu einem Schauspiel, wie es London noch nie gesehen hatte; ein Schauspiel zwar, aber doch eines, in dem die herzliche Anteilnahme der Mitwirkenden spürbar und augenfällig waren. Churchill wird als Staatsmann in die Geschichte eingehen, ja er war schon zu Lebzeiten eine geschichtliche Figur geworden. Aber auch als Schriftsteller wird sein Name überleben. Im Jahre 1953 wurde er mit dem Nobelpreis ausgezeichnet; „für seine Meisterschaft in der historischen Darstellung und der Biographie und für die glänzende Redekunst, mit der er sich für die Verteidigung unserer Zivilisation eingesetzt hat", wie es damals bei der Zuerkennung des Preises hieß. – Am 15. Oktober gelang es der Labourpartei, das müde und mürbe gewordene Regime der Konservativen nach 13jährigem Bestehen zu stürzen. Man hatte diesen Sieg erwartet; überraschend blieb indessen das äußerst knappe Ergebnis. Premierminister wurde Harold Wilson. Die Mehrheit im Parlament ist so knapp, daß eine zufallsbedingte Abwesenheit einiger Abgeordneter bei einer wichtigen Abstimmung den Fortbestand der Regierung gefährden kann. Dennoch gelang es, die seinerzeit von Labour nach dem Krieg verstaatlichte, von den Konservativen kurz nach ihrer Machtübernahme im Jahre 1951 wieder in Privatbesitz übergeführte Stahlindustrie, eine der wichtigsten Industrien Englands, mit knappem Mehr wieder zu verstaatlichen. Daß

dieses Stägeli-uf-und-Stägeli-ab kaum zum Vorteil der betroffenen Industrie ausschlägt, liegt auf der Hand. England kämpft denn auch immer noch um sein wirtschaftliches Gleichgewicht, mehr vielleicht als jedes andere Land in Westeuropa. Der Zweite Weltkrieg und der Verlust des Kolonialreiches machen dem Land immer noch zu schaffen. Lange sprach man von einer bevorstehenden Abwertung des Pfundes, die indessen bis heute immer wieder vermieden werden konnte. Eine kuriose Nebenblüte aber trieb dieser Kampf um das Pfund Sterling: der Earl of Arran, ein vielgelesener, aber offensichtlich zum mindesten leicht verschrobener Journalist, schrieb in einer Massenzeitung, daß namentlich die Bankiers in der Schweiz es darauf abgesehen hätten, das Pfund zu stürzen (ein vollkommener Unsinn). Jetzt wie im Krieg bestehe das Hauptinteresse der Schweizer darin, Geld für sich selbst zu machen. Wörtlich fuhr er dann fort: „Die Schweizer sind nicht meine Lieblingsrasse, sie sind geizig, snobistisch und übelriechend – sie nehmen kaum je ein Bad. Gott helfe uns, wenn wir je wie sie werden. Interessant und erstaunlich an ihnen ist nur, daß sie auch ungeheuer lose leben – erstaunlich, weil sie neben den Tschechen die häßlichste Rasse in Europa sind und man sich nicht vorstellen kann, wie sie es fertigbringen, miteinander der Liebe zu pflegen." Soweit unser spleeniger Lord.

Hans-Peter Tschudi
Bundespräsident für das Jahr 1965

*

Wer Frankreich sagt, meint de Gaulle. Soweit ist es heute; de Gaulle drückt dem ganzen Lande seinen Stempel auf, und mit ungeheurer Energie und erstaunlicher Frische unternimmt der alte Mann (75) alles, um Frankreich zur Großmacht zu machen. Der nun in seinem siebenten Präsidentschaftsjahr stehende Herrscher entfaltete im Berichtsjahr eine lebhafte Reisetätigkeit. So besuchte er im Juli Bonn, um die seit der Ära Adenauer etwas locker und nüchterner gewordenen Beziehungen zu Deutschland zu festigen. Das hinderte ihn aber keineswegs daran, drei Wochen später in aller Öffentlichkeit die zu wenig auf ein „europäisches Europa" gerichtete Politik Westdeutschlands zu verurteilen. In de Gaulles Augen ist offensichtlich ein „europäisches Europa" ein französisches Europa. Daß dafür nicht alle seine Regierungskollegen in andern Ländern Verständnis haben, scheint ihn wenig zu kümmern. – Im Oktober bereiste de Gaulle während einer Woche zehn südamerikanische Staaten, ohne indessen dort den Erfolg zu finden, den er wohl erhofft hatte. Die langwierigen Verhandlungen um eine gemeinsame Agrarpolitik der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft endeten mit einem Erfolg Frankreichs, weil de Gaulle für den Fall des Scheiterns der Verhandlungen den Austritt Frankreichs aus der EWG angedroht hatte. In einer großen Ansprache an das Volk im April 1965 legte de Gaulle dar, wie herrlich weit Frankreich es in letzter Zeit gebracht habe. Nicht wegzuleugnen ist, daß Frankreich in der Zeit der innen-



Abschied von einem großen Staatsmann
Der Sarg Winston Churchills auf der Barkasse „Havengrove"

Photopreß-Bilderdienst, Zürich

politischen Stabilität seit dem Amtsantritt de Gaulles wirtschaftlich und politisch Erfolge erzielt hat, die erstaunlich anmuten. Darin liegt ja gerade das etwas Unheimliche in der gegenwärtigen Situation Frankreichs: widerstrebendste politische Interessen schwelen unter einer Oberfläche, die nur durch die Persönlichkeit de Gaulles zusammengehalten wird. De Gaulle hinwiederum ist in seiner egoistischen Haltung und mit der ganzen Starrköpfigkeit des alten Mannes ein ebenso starker wie unberechenbarer Faktor im Wechselspiel der Weltpolitik. Was aber die Jahre nach dem Ausscheiden de Gaulles aus der Politik Frankreich bringen werden, ist schwer zu sagen. Im Dezember finden die Präsidentschaftswahlen statt, als deren aussichtsreichster Kandidat noch einmal de Gaulle gilt: zum einen kraft seines Amtes und seiner Persönlichkeit, zum andern aber auch deswegen, weil er alle Mittel der Beeinflussung der Massen, wie Radio und Fernsehen, weitgehend zu seinen Gunsten einsetzen kann.

*

In der Bundesrepublik Deutschland gab der Ablauf der Verjährungsfrist der Verbrechen gegen die Menschlichkeit viel zu reden. Nach deutschem Recht wären nämlich die Verbrechen gegen die Menschlichkeit 20 Jahre nach dem Ende des Krieges, also am 9. Mai 1965, verjährt gewesen und niemand hätte mehr gegen Verbrecher vorgehen können, die sich heute noch unerkannt ihrer Freiheit erfreuen. Daß es hier nicht um eine theoretische Frage ohne praktische Bedeutung ging zeigt sich darin, daß heute noch laufend Kriegsverbrecher ermittelt und zur Rechenschaft gezogen werden, wie z. B. der berüchtigte Adolf Eichmann oder verschiedene Leiter von Konzentrationslagern in der Hitlerzeit. Frankreich hat im Jahre 1964 durch Gesetz festgelegt, daß die Verbrechen gegen die Menschlichkeit, wie sie die Vereinten Nationen im Jahr 1946 definiert hatten, unverjährbar sein sollen. Diese Lösung bot sich auch der Bundesrepublik an. Der deutsche Bundestag wählte aber schließlich nach heftigster Diskussion einen Kompromiß. Es soll im Prinzip bei der 20jährigen Verjährungsfrist bleiben, aber als Beginn der Laufzeit wird nicht der 9. Mai 1945 (Kapitulation Deutschlands), sondern der 31. Dezember 1949, das Datum der Gründung der Bundesrepublik, angenommen. Damit hat man wohl ein heikles Problem anstatt gelöst, einfach hinausgeschoben; denn am 31. Dezember 1969 wird sich die Frage in genau gleicher Schärfe wie heute wieder stellen.

Im übrigen steht die Bundesrepublik wieder einmal in einem Wahljahr, wobei es interessant ist, zu vermerken, wie weit die Wahlen ihre Schatten vorauswerfen. Was früher als typisch für die USA galt, nämlich, daß in einem Wahljahr die Regierung so sorgfältig lavieren muß, daß sie fast zur Untätigkeit verdammt wird, zeigt sich heute auch in Deutschland. Es scheint sich hier um eine Folge eines Systems zu handeln, das nurmehr zwei maßgebende Parteien kennt, die beide von Wahl zu Wahl hoffen, wieder ans Ruder zu kommen.

Der Besuch der britischen Königin Elisabeth II. im Mai 1965 wurde zu einem Erfolg für die Monarchin. Er gab der Bundesrepublik wieder einmal Gelegenheit, ihrem Hang zu festlichem Gepränge nachzuleben und nach außen die herzlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu dokumentieren.

*

Italien hatte im Berichtsjahr mit recht einschneidenden Folgen eines Konjunkturrückganges zu kämpfen. Arbeitslosigkeit und sinkende Börsenkurse waren die sichtbaren Ergebnisse dieses Rückgangs. Daneben boten die italienischen Parteien ein Schauspiel der Totengräberei am demokratischen Gedanken. Im August erlitt der Staatspräsident Segni einen Gehirnschlag, der ihn im Dezember zum Rücktritt nötigte. Die Wahl des neuen Staatspräsidenten oblag, gemäß Staatsverfassung, der Kammer und dem Senat sowie den Vertretern der autonomen Regionen. Diese Herren waren in sich völlig uneins, und während Wochen stritten sie sich in häßlichster Weise vor aller Öffentlichkeit herum, welche Partei welchen Mann als Staatspräsidenten stellen dürfe. Nach 13 Tagen und 21 Wahlgängen wurde der sozialdemokratische bisherige Außenminister Giuseppe Saragat endlich gewählt. Ein Musterbeispiel, daß man auch zu viele Parteien im Staate haben kann!

*

Schließlich seien noch kurz die Ereignisse außerhalb unseres Kontinents gestreift. In den USA wurde am 3. November der bisherige Präsident Johnson, der bekanntlich als Vizepräsident nach der Ermordung Kennedys am 23. November 1963 zum Präsidenten aufgerückt war, mit 60 % der Wählerstimmen in seinem Amt bestätigt. Damit fand die von ihm verfolgte Außenpolitik der starken Hand, verbunden mit einer liberalen Innenpolitik, eine erfreuliche Bestätigung durch das Volk. Zwei Krisenherde machten Johnson im ab-

Amtseinsetzung von Präsident Johnson in Washington. Im Hintergrund das Capitol, der Sitz der Regierung.

Photopreß-Bilderdienst, Zürich

gelaufenen Jahr schwer zu schaffen: Vietnam und Santo Domingo. In Vietnam waren es die Spannungen zwischen dem kommunistischen Norden und dem Süden, die die Intervention der USA nötig machten. Die vordem auf kleinere Scharmützel zwischen den streitenden Brüdern beschränkten Kampfhandlungen weiteten sich im Laufe des Frühjahrs zu einem richtigen Krieg aus, mit Luftangriffen gegen den Norden und Flotteneinsätzen der Amerikaner. Nach Ansicht von gutorientierten Beobachtern soll Süd-Vietnam selbst mit Unterstützung der USA kaum in der Lage sein, sich des kommunistischen Einflusses aus dem Norden zu erwehren, und es ist nur zu hoffen, daß sich aus der verworrenen Situation nicht eine ähnliche Lage wie seinerzeit in Algerien entwickelt. Die Intervention in Santo Domingo hatte den Zweck, die Schaffung eines zweiten Kubas gewissermaßen vor der Haustüre der USA zu verhindern. Auch hier ist es für den weitab sitzenden Beobachter schwer zu entscheiden, ob die aufgewendeten Mittel dem Zweck entsprechen, für den sie eingesetzt wurden. – Ein Wort sei auch noch dem Kongo gewidmet. Dort führte im November eine Rebellion zu unerhörten Schandtaten an den im Lande zurückgebliebenen Weißen. Durch eine gut organisierte und mutig durchgeführte gemeinsame Aktion belgischer Fallschirmjäger und amerikanischer Flieger gelang es, rund 2000 Weiße aus Stanleyville zu retten. Der Stehaufmann Tschombe scheint nun die Zügel im Lande fest in die Hand genommen zu haben, und er versucht, gegen den Widerstand extrem nationalistischer Kreise, mit Hilfe des Westens sein Land zu innerer Ordnung und wirtschaftlicher Blüte zu bringen.

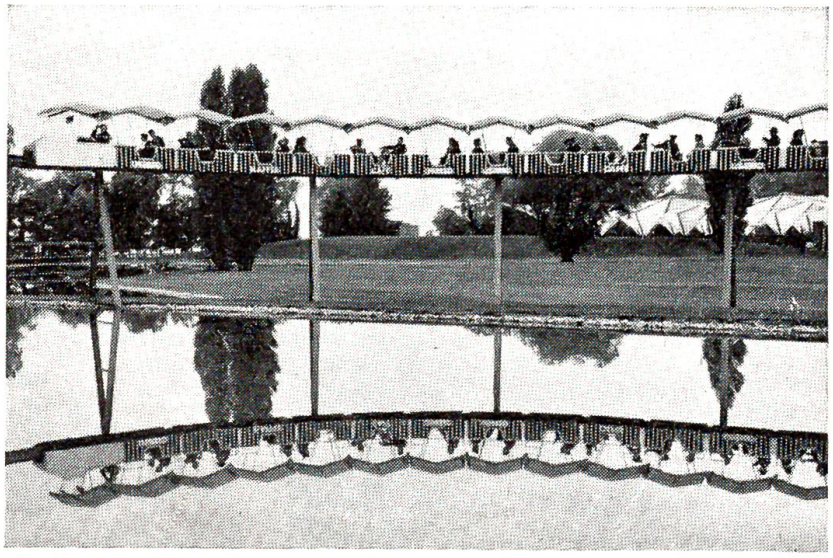
*

Und nun zur Entwicklung in der Schweiz. Das abgelaufene Jahr stand in der Schweiz im Zeichen der Konjunkturdämpfung. Schon im letzten Jahr hat der Chronist auf die Maßnahmen des Bundesrates zur Bekämpfung der Teuerung hingewiesen, nämlich auf den Finanzbeschluß und den Baubeschluß. Während der erste verhindern soll, daß das Auslandkapital, das gerne die sichere Schweiz als Zufluchtsort aufsuchte, unsern Kapitalmarkt in Unordnung bringt, soll der zweite die Überkonjunktur im Baugewerbe zum Verschwinden bringen. Am 28. Februar hatte das Volk darüber zu befinden, ob diese beiden Beschlüsse um ein weiteres Jahr verlängert werden sollten. Meinung und Gegenmeinung prallten im Abstimmungskampf hart aufeinander. Während die einen davon überzeugt waren, daß die freie Wirtschaft durchaus in der Lage wäre, die Situation zu meistern, und deshalb die beiden Bundesbeschlüsse als einen Eingriff des Staates ablehnten, fanden die andern, jedes Mittel sei nun nachgerade erlaubt, um die Auswüchse der Konjunktur zu bekämpfen. Hinzu kamen die Stimmen, die zwar die Teuerungsbekämpfung bejahten, die eingesetzten Mittel aber für falsch, für zu milde oder auch für zu stark empfanden. Aus der ganzen, oft leidenschaftlichen Diskussion ging der Bundesrat als Sieger hervor: der Kreditbeschluß wurde mit 526 616 Ja gegen 385 750 Nein, der Baubeschluß mit 507 728 Ja gegen 406 299 Nein angenommen. $18^1/_2$ Kantone stimmten für den Kreditbeschluß, 17 für den Baubeschluß. Man war geneigt, diesen Erfolg des Bundesrates als einen Erfolg des gesunden Menschenverstandes und des klaren Denkvermögens des Stimmbürgers zu werten. Manche Ja-Stimme wurde im Vertrauen darauf abgegeben, daß der Bundesrat es nicht bei diesen zwei Beschlüssen bewenden lasse, sondern daß das sogenannte Anschlußprogramm so rasch als möglich durchgeführt würde. Von diesem Anschlußprogramm, das die beiden Bundesbeschlüsse ergänzen und erst recht wirksam machen sollte, war schon Mitte 1964 die Rede. Zum großen Erstaunen vieler Bürger weiß aber heute noch niemand – offensichtlich nicht einmal der Bundesrat –, wie dieses Programm genau aussehen soll, geschweige denn, wann es durchgeführt wird. Man kann dem Bundesrat den Vorwurf nicht ersparen, daß er hier gewonnenes Vertrauen des Stimmbürgers leichtfertig aufs Spiel setzt, Vertrauen, das sich nach den Erschütterungen der Miragekrise eben erst wieder gebildet hatte.

*

Von der Miragekrise wird noch zu sprechen sein, schrieb der Chronist letztes Jahr an dieser Stelle. Tatsächlich muß man darüber kurz berichten. Noch selten hat eine Vorlage mit Kreditüberschreitungen eine solche Aufregung in der Eidgenossenschaft

verursacht. Ein vom Parlament im Juni 1964 eingesetzter Arbeitsausschuß von 20 Nationalräten und 12 Ständeräten unter dem Vorsitz des Sanktgaller Nationalrates Kurt Furgler opferte die Sommerferien und peitschte die Untersuchung der Affäre so energisch durch, daß anfangs September Bericht erstattet werden konnte. Die Kommission begnügte sich nicht damit, die Zahl der zu bestellenden Flugzeuge von 100 auf 57 zurückzuschrauben (ein an sich unbefriedigender Kompromiß), sondern stellte eine ganze Reihe von Anträgen. So soll die Verwaltungsgerichtsbarkeit, d. h. die Kontrolle der Verwaltung durch eine unabhängige, neu zu schaffende Gerichtsinstanz, eingeführt und im Eidgenössischen Militärdepartement eine besondere Rüstungsabteilung geschaffen werden. Als für die Affäre Hauptverantwortliche, um nicht zu sagen Sündenböcke, wurden der Gesamtbundesrat, der Vorsteher des Eidgenössischen Militärdepartements, der Generalstabschef, der Waffenchef der Flieger und Flab und die drei Mitglieder der Arbeitsgruppe für Flugzeugbeschaffung bezeichnet. Darauf wurde vom Bundesrat der Waffenchef der Flieger und Flab im Amt eingestellt und auf Jahresende entlassen, während ein Rücktrittsgesuch des Generalstabschefs vorerst nicht, später aber doch angenommen wurde. Oberstkorpskommandant Annasohn soll fortan mit Sondermissionen betraut werden. Von einem Rücktritt des Chefs des Eidgenössischen Militärdepartements hörte man immer nur munkeln, doch blieb er bis heute aus. Rückblickend muß man sagen, daß die Kommission gute Arbeit geleistet hat und daß sich ihr Präsident durch seine zupackende Art Achtung und Popularität gewonnen hat, die sich später einmal in einer Wahl zum Bundesrat niederschlagen könnten. Noch ist aber die ganze Geschichte nicht abgeschlossen. Der vom Bundesrat im Frühjahr 1965 erstattete erste Bericht über die Miragebeschaffung wurde weitherum nicht gerade als Meisterwerk empfunden; ein zweiter Bericht ist im Herbst 1965 fällig. Weitere Überraschungen, namentlich in der Kostenfrage, sind durchaus möglich. Es bleibt zu hoffen, daß die leidige Geschichte doch bald einmal zum Abschluß kommen wird.

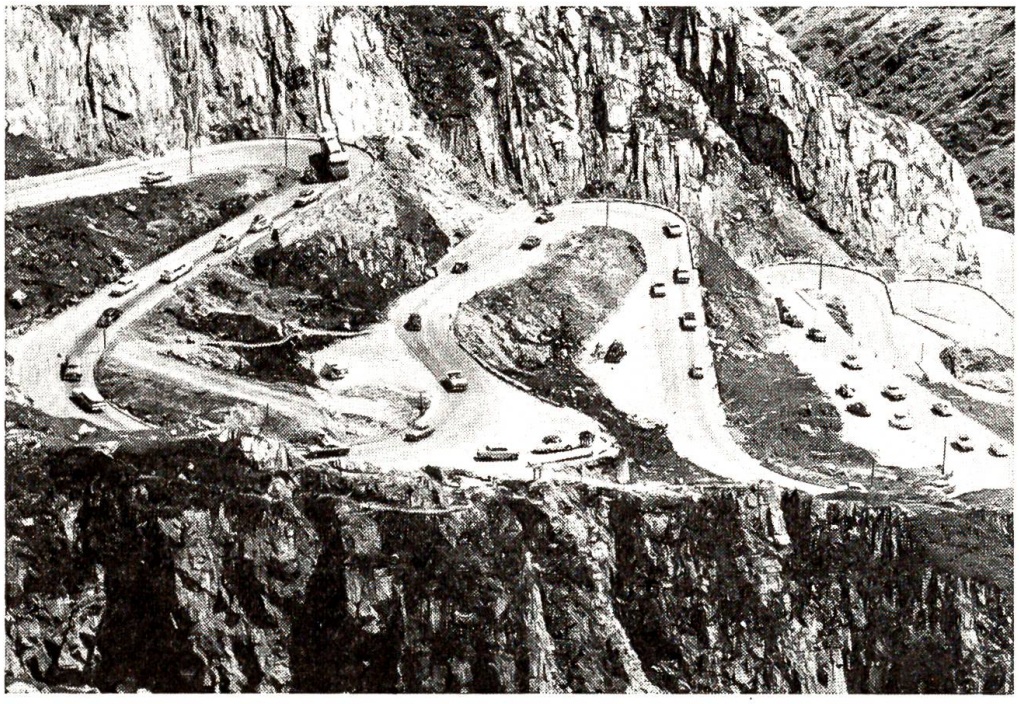


Der Monorail, eine der erfolgreichsten Attraktionen an der Expo in Lausanne

Photo F. Lörtscher, Bern

*

Ein brennendes Problem bildet nach wie vor die Ausländerfrage. Die Konjunkturdämpfungsbeschlüsse des Bundesrates hatten nicht zuletzt zum Ziel, unser Land vor einer drohenden Überfremdung zu schützen. Wenn man weiß, daß heute inklusive die Ausländer mit Niederlassungsbewilligung ca. 900 000 Ausländer in der Schweiz tätig sind, so kann man die Sorgen des Bundesrates und weiter Volkskreise wohl verstehen. Diese Sorge führte im Berichtsjahr zu einigen unwürdigen Entgleisungen in tumultuösen Versammlungen und zu einem zunehmenden Fremdenhaß nicht zuletzt bei jenen Leuten, die sich bedanken würden, wenn sie die heute von Fremdarbeitern verrichteten Tätigkeiten wieder selbst übernehmen müßten. Just in diese Atmosphäre hinein platzte die Nachricht, wonach der Bundesrat nach dreijährigem Verhandeln am 10. August ein Einwanderungsabkommen mit Italien abgeschlossen habe. Dabei unterlief ihm der peinliche Fehler, Zu-



Ein Bild, das bald der Vergangenheit angehören wird: Verkehrsstockung in der Tremolaschlucht am Gotthard. Eine Umfahrungsstraße wird alle diese Wendeplatten in kurzem ausschalten.

Photo F. Lörtscher, Bern

sicherungen zu geben, zu denen er gar nicht befugt war, so namentlich in bezug auf das Datum des Inkrafttretens des Abkommens (1. November). Die Ratifikation von Staatsverträgen ist aber Sache der Bundesversammlung, und weder Ständerat noch Nationalrat zeigten Eile, das Abkommen mit fliegenden Fahnen zu ratifizieren. Immerhin war es in der Frühjahrssession dann soweit, und man wird nun sehen, wie sich die für Italien günstigen Bedingungen auswirken. Ein neuer Bundesbeschluß verpflichtet die Betriebe, ihren Bestand an Ausländern auf den 1. Juni 1965 und 1966 um je 5 % zu senken. Ob das genügt, ist fraglich, denn man schätzt, daß dadurch die Zahl der Ausländer in der Schweiz zwar nicht mehr steigen, aber auch nicht sinken werde.

Ein abschließendes Urteil über die vom Bundesrat verfolgte Politik der Konjunkturdämpfung und Teuerungsbekämpfung abzugeben, ist heute noch nicht möglich. Immerhin wird man den Verdacht nicht los, daß durch eine Aufwertung des Schweizerfrankens die angestrebten Ziele wohl eher und einfacher hätten erreicht werden können. Die (übertriebene?) Rücksichtnahme auf unsere Exportindustrie, die vor einer Aufwertung des Schweizerfrankens aus Gründen ihrer Konkurrenzfähigkeit auf den Auslandsmärkten zittert, ließ aber diese rigorose Maßnahme nicht zu.

Zum Abschluß dieser Konjunkturbetrachtungen sei doch noch darauf hingewiesen, daß es nicht angeht, das Kind mit dem Bade auszuschütten und über die „böse" Konjunktur nur zu klagen. Im großen ganzen kann sich das Schweizervolk sicher trotz steigender Preise und zunehmender Überfremdung das Zeugnis ausstellen, daß es ihm gelungen ist, einen recht hohen und weite Volkskreise umfassenden Wohlstand zu erreichen. Während im Februar 1955 z. B. noch 10 639 Arbeitslose in der Schweiz gezählt wurden, waren es im Februar 1965 nur noch deren 667!

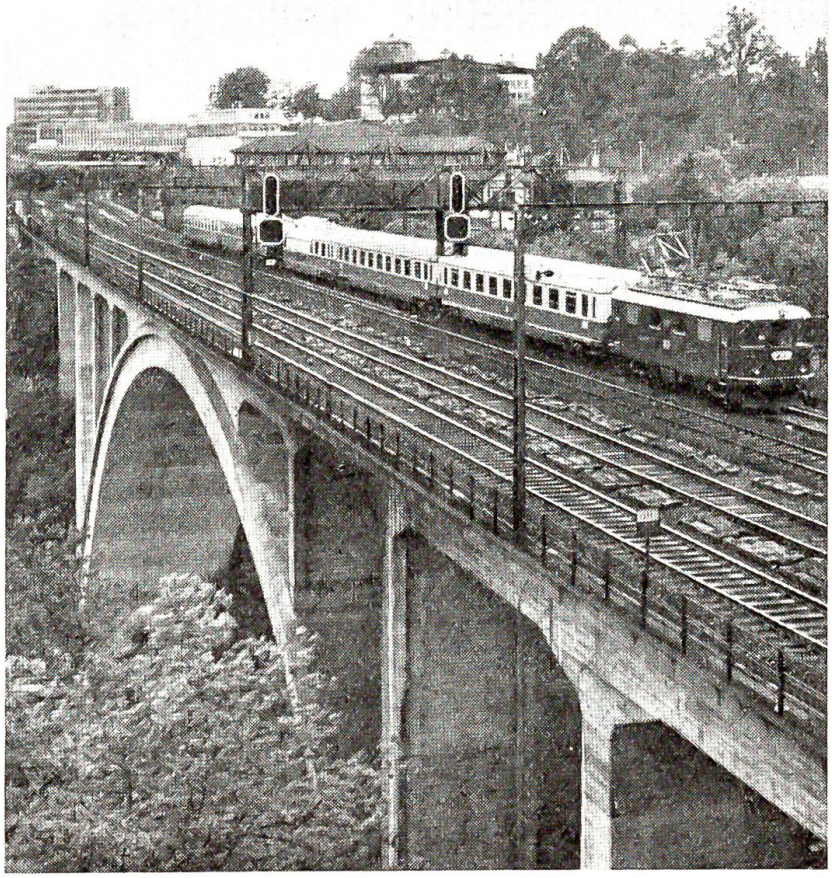
*

Zum Thema Kostenüberschreitung muß noch ein Wort gesagt werden, und zwar zum Bau der Nationalstraßen. Hier werden noch viel gewaltigere Summen nachgefordert als beim Mirage, die aber das Volk und die Räte mit Ausnahmen nicht so in Rage bringen. Das ist verständlich, denn beim Straßenbau liegt der Hauptfehler offensichtlich nicht in einem Versagen der eidgenössischen Instanzen, sondern im völlig verfehlten System – der Bund zahlt, die Kantone bauen. Vor sechs Jahren sprach man noch von 3,8 Milliarden, die unsere Nationalstraßen kosten würden;

vor einem Jahr war man schon bei 12,2 Milliarden angelangt, und kürzlich erlaubte sich gar ein Fachmann wie der waadtländische Baudirektor eine Schätzung von 20 Milliarden! Neben diesen Zahlen nehmen sich die ca. 800 Millionen Franken, die als Kostenüberschreitung beim Mirage auf dem Spiel stehen, eigentlich recht bescheiden aus, doch dürfen wohl nicht zwei Dinge miteinander verglichen werden, die von Grund auf verschieden sind. Erfreulich ist, daß der Zollzuschlag auf Benzin von fünf auf zwölf Rappen erhöht wurde, womit auch die Straßenbenützer, wie das richtig ist, zur Bezahlung der ihnen dienenden Straßen stärker herangezogen werden als bis anhin. Bedauerliche Lücke im System der Treibstoffzuschläge ist immer noch die zu niedrige Belastung des Dieselöls; nicht zuletzt ist es der Güterverkehr auf der Straße, der von den neuen Nationalstraßen profitieren wird. Er sollte deshalb auch sein Scherflein dazu beitragen.

*

Sind wir schon beim Straßenbau, so wollen wir noch einen Blick auf Verkehrsprobleme werfen. Mit Genugtuung darf man feststellen, daß doch jedes Jahr erhebliche Verbesserungen in unserem Verkehrsnetz erzielt werden. So brachte uns die EXPO in Lausanne die rechtzeitige Fertigstellung der Autobahn Lausanne–Genf und die vorbildlichen Umfahrungsstraßen von Lausanne. Der Kanton St. Gallen konnte 26 km Nationalstraße im Rheintal dem Verkehr übergeben, und auch am Lopper, zwischen Hergiswil und Stansstad, geht es vorwärts; allerdings kostete dort wegen der enorm schwierigen Geländeverhältnisse die Straße pro Kilometer über 20 Millionen Franken. Die Autobahn Bern–Zürich macht rasche Fortschritte, und auch am Zürichsee wird man bald auf der Höhenstraße des linken Ufers fahren können, wobei allerdings der Kanton Schwyz seinen Anteil am Bau dieser Straße noch nicht in Angriff genommen hat. Die Alpenübergänge und Straßentunnels standen auch im Berichtsjahr im Vordergrund des Interesses: während sich die eidgenössische Planungskommission am Gotthard definitiv für einen Tunnel Göschenen–Airolo entschlossen hat, konnte der Kanton Graubünden den Durchschlag des St. Bernhardin-Tunnels melden. Schließlich eröffnete die BLS im November 1964 auf 11 km zwischen Hondrich Süd und Frutigen das neuerbaute zweite Geleise, das die Bahn aus



Ein verkehrswirtschaftliches Ereignis für Bern: Der erste TEE-Zug fährt, von Amsterdam/Dortmund kommend, in Bern ein.

Photo W. Rydegger, Bern

eigener Kraft finanziert und erstellt hatte. Überhaupt spricht man in letzter Zeit viel von der BLS. Während die bernische Regierung die Bahn den SBB verkaufen will, wehrt sich das Oberland, wenigstens soweit es von der BLS profitiert, massiv für ein Fortbestehen der Bahn in ihrer heutigen Rechts- und Organisationsform. Die Regierung macht geltend, der Ausbau auf Doppelspur sei auf der ganzen Linie zwischen Spiez und Brig notwendig; dieser Ausbau übersteige aber die Kraft der Bahn. Mitspielen mag auch der Hintergedanke, daß die Bahn heute rentiert (als einzige der bernischen Privatbahnen, abgesehen von einigen Bergbahnen) und daß man verkaufen müsse, bevor auch dieses Unternehmen defizitär würde. Der Verkaufserlös wäre ein höchst willkommener Segen in die nicht allzugut dotierte Staatskasse. Mit der BLS sollten aber den SBB dann gleichzeitig auch die stark defizitären Nebenlinien übergeben werden, wie die Spiez–Erlenbach–Zweisimmen-Bahn, die Gürbetalbahn, die Schwarzenburgbahn und die Bern–Neuenburg-Bahn. Die Gründe der Ablehnung sind mannigfach. Einmal befürchtet man ganz allgemein, daß die Verkehrsbedienung durch die SBB nicht so großzügig erfolgen könnte wie heute durch die BLS und daß dadurch manche kleine Ortschaft schlechter gestellt würde als heute. Zudem legt man Wert auf die Erhaltung des für das Oberland volkswirtschaftlich wichtigen Depots Spiez und auf die zufriedenstellenden Verbindungen auf dem Thuner- und Brienzersee durch die der BLS gehörende Schiffahrtsgesellschaft. Daß die BLS alljährlich einen sechsstelligen Betrag für eine großzügige Verkehrswerbung für das Oberland zur Verfügung stellt, wird hier auch nicht vergessen. Ein Volksbegehren zielt darauf ab, die Kompetenz für den Verkauf der BLS von der Regierung auf das Volk zu übertragen. Pikantes Detail in der ganzen Auseinandersetzung: wirkliche Fachleute behaupten, daß auch heute die Lötschberglinie noch nicht voll ausgelastet sei, daß also der Bau der Doppelspur keineswegs eile. Vordringlichste Maßnahme wäre der Ausbau der Bahnhöfe Brig, Iselle und Domodossola, wo sich schon heute, also noch mit der einfachen Spur, die Züge bei Großverkehr zu stauen beginnen. Die Auseinandersetzung über diese dem Bernervolk offensichtlich am Herzen liegende Frage wird wohl noch recht heftige Formen annehmen. – Erwähnenswert im Zusammenhang mit den Eisenbahnfragen ist noch, daß ab 30. Mai 1965 die Stadt Bern endlich Anschluß an das Netz des Trans-Europ-Expreß, des TEE, gefunden hat, indem der Luxuszug Rheingold auf seiner Fahrt zwischen Holland/Ruhrgebiet und Genf im Hin- und Rückweg Bern berührt. Auch im Flugverkehr ist Bern nach einem Jahr der Isolation wieder mit je einem Kurs im Tag nach Zürich und Genf an das internationale Netz angeschlossen.

Eine Schweinerei!
Anders kann man solche Zustände nicht bezeichnen. Das Bild zeigt Autowracks, die von ihren Besitzern einfach ins Schwarzwasser geworfen worden sind. Nur ganz exemplarische Strafen können solche Schänder der Heimat von ihrem Tun abhalten.

Photo W. Nydegger, Bern

*

Zum Verkehr im weiteren Sinn gehört auch das Fernsehen, das im Berichtsabschnitt einen seiner denkwürdigen Tage erlebte, nämlich den 1. Februar 1965. Seit diesem Tag wer-

den die über 500 000 Konzessionäre täglich mit 12 Minuten Reklamesendungen berieselt. Gegen 20 Millionen Franken fließen dadurch pro Jahr in die Kassen der Fernsehgesellschaft, Geld, das dringend für die Verbesserung der Programme benötigt wird. Die Werbung für alkoholische Getränke, Tabakwaren und Heilmittel ist am Fernsehen aus naheliegenden Gründen verboten worden. Welche Auswirkungen die Zulassung der Fernsehreklame auf die Tagespresse haben wird, ist noch nicht abzusehen. Für die Schweiz typisch ist ja die erstaunliche Vielfalt der Presse bis hinab zu lokalen und lokalsten Blättchen. Viele der kleinen Blätter, die, oft ausgezeichnet redigiert, eine wichtige Funktion in der demokratischen freien Meinungsbildung unseres Volkes ausüben, leben finanziell fast ausschließlich von den Einnahmen für Inserate. Wenn ihnen wegen der Zuneigung der Inserenten zur Fernsehwerbung Inserataufträge in großem Maß verlorengehen, werden sie ihr Dasein kaum mehr fristen können; sie werden entweder eingehen oder sich an kräftigere Blätter anschließen. Diese Entwicklung, namentlich die Konzentrationsbewegung, an der nebenbei bemerkt nicht nur das Fernsehen schuld ist, hat schon begonnen; hoffen wir, daß sie nicht überhand nimmt.

*

Ein Gegenstand, der, man muß sagen zum Glück, langsam auch im Volk populär zu werden beginnt, ist der Gewässerschutz. Die Grundwasserverschmutzung durch die Zuckerfabrik Aarberg hat zum Aufsehen gemahnt, obschon sich gerade hier sagen läßt, daß die Fabrik in kurzem eine mit großen Kosten erstellte Reinigungsanlage in Betrieb nehmen wird. Auch der geplante Bau einer Erdölraffinerie in Cressier, zwischen Bieler- und Neuenburgersee, war dazu angetan, die Volksmeinung zu alarmieren, steht doch z. B. beim Bielersee die letzte Trinkwasserreserve für ein Gebiet von Zehntausenden von Einwohnern auf dem Spiel. Wenn sich Kantone und Bund nicht entschließen können, den Forderungen des Gewässerschutzes Nachachtung zu verschaffen, so wird es bald schlimm, noch schlimmer als heute schon, um unsere Gewässer bestellt sein. Einige Lichtblicke dürfen aber nicht übersehen werden. So machen eine ganze Reihe von Gemeinden nun endlich voran mit dem Bau von Kläranlagen; diejenige der Stadt Bern wird 1967 in Betrieb genommen.

*

Mit großer Genugtuung wurde namentlich in katholischen Kreisen der Schweiz die Wahl eines Schweizers zum Kardinal aufgenommen. In der Tat ist Dr. h. c. Charles Joseph Journet, gebürtiger Genfer und als Professor an einem Kollegium in Freiburg tätig, von Papst Paul VI. dieser Ehre würdig erachtet worden. Journet ist erst der dritte Kardinal, den die Schweiz stellen kann. Der erste schweizerische Kardinal war der berühmte Matthäus Schiner, ein Walliser, der 1499 zum Bischof

Erfolgreichste Schweizer Teilnehmer an den Olympischen Spielen in Tokio waren unsere Reiter, die wir hier beim Empfang durch den Stadtpräsidenten im Erlacherhof sehen.

Photo W. Rydegger, Bern

von Sitten ernannt wurde und 1511 den Kardinalspurpur erhielt. Er war der Führer der Eidgenossen in den Siegen bei Pavia und Novara in den Jahren 1512 und 1513 und starb 1522. Der zweite schweizerische Kardinal war Kardinal Mermillond, Bischof von Lausanne, Genf und Freiburg, der im Jahr 1890 zum Kardinal ernannt wurde.

*

Auf dem Gebiete des Sports seien kurz die besten Resultate unserer Vertretung an den Olympischen Spielen in Tokio im Oktober 1964 erwähnt. Die größten Erfolge errangen unsere Dressurreiter, die mit Feldweibel Chammartin eine Goldmedaille und mit Henri Chammartin, Marianne Goßweiler und Gustav Fischer in der Mannschaftswertung eine Silbermedaille gewannen. Dazu kommt ein vierter Rang von Gustav Fischer. Erfreulich war auch der dritte Rang des Ruderers Göpf Kottmann. Sein tragischer Tod im Militärdienst einige Tage nach seiner Rückkehr aus Tokio wurde vom ganzen Schweizervolk aufrichtig betrauert. Die Ruderer errangen mit Bürgin/Studach außerdem einen vierten Rang im Doppelzweier, und dem Speerwerfer von Wartburg gelang ein Wurf von 79,92 m, womit er den fünften Rang in der Weltelite erreichte. Weniger erfolgreich schnitten dieses Mal unsere Schützen ab; als einziger erreichte Hans Albrecht im Silhouettenschnellfeuer einen vierten Rang.

*

Den Schluß unserer diesjährigen Chronik soll eine Bemerkung zur Nationalhymne bilden. Nachdem man das altvertraute „Rufst du mein Vaterland" wegen seiner mit der englischen Nationalhymne übereinstimmenden Melodie und seines nicht mehr zeitgemäßen Textes abgeschafft hatte, wurde als Übergangslösung der Schweizerpsalm ausprobiert. In einer vom Bund veranstalteten Umfrage nach den gemachten Erfahrungen sprach sich darauf die Mehrheit der Kantone für den Schweizerpsalm aus, wohl aus Gründen der Bequemlichkeit. Denn daß sich dieses Lied nicht bewährt hat, liegt doch klar zutage. Die saft- und kraftlose Melodie, die überaus schwierig zu singen ist, aber auch der merkwürdige Text, ließen einen Mißerfolg erwarten. Aber was käme als Ersatz in Frage? In Kreisen bernischer Pfarrherren wurde das Lied „Großer Gott wir loben dich" genannt, doch scheint sich auch dieser Vorschlag nicht durchzusetzen. Beachtung fand indessen die Idee, die bekannten Schillerschen Worte des Rütlischwurs („Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern...") in einem Kompositionswettbewerb vertonen zu lassen. Dem Ausgang eines solchen Experimentes darf man wohl mit großem Interesse entgegensehen.

Großbrand in Belp

Das Restaurant „Traube" wurde ein Raub der Flammen, weil ein vor dem Stall stehendes Motorrad Feuer fing und explodierte.

Photo W. Rydegger, Bern